

Ziel 6

Wasser und Sanitärversorgung für alle

Ziel 6**Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten**

- 6.1** Bis 2030 den allgemeinen und gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle erreichen
- 6.2** Bis 2030 den Zugang zu einer angemessenen und gerechten Sanitärversorgung und Hygiene für alle erreichen und der Notdurftverrichtung im Freien ein Ende setzen, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen und von Menschen in prekären Situationen
- 6.3** Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern
- 6.4** Bis 2030 die Effizienz der Wassernutzung in allen Sektoren wesentlich steigern und eine nachhaltige Entnahme und Bereitstellung von Süßwasser gewährleisten, um der Wasserknappheit zu begegnen und die Zahl der unter Wasserknappheit leidenden Menschen erheblich zu verringern
- 6.5** Bis 2030 auf allen Ebenen eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen umsetzen, gegebenenfalls auch mittels grenzüberschreitender Zusammenarbeit
- 6.6** Bis 2020 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen, darunter Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse, Grundwasserleiter und Seen
- 6.a** Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit und die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Kapazitätsaufbau für Aktivitäten und Programme im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung ausbauen, einschließlich der Wassersammlung und -speicherung, Entsalzung, effizienten Wassernutzung, Abwasserbehandlung, Wiederaufbereitungs- und Wiederverwendungstechnologien
- 6.b** Die Mitwirkung lokaler Gemeinwesen an der Verbesserung der Wasserbewirtschaftung und der Sanitärversorgung unterstützen und verstärken

Die Verknappung der Trinkwasserressourcen und der unzureichende Zugang zur Sanitärversorgung gefährden die Gesundheit und die Lebensgrundlage von Milliarden von Menschen. Die Vereinten Nationen prognostizieren bis 2030 eine wachsende Wasserknappheit in der Größenordnung von 40 Prozent des weltweiten Bedarfs. Um eine globale Wasserkrise zu verhindern, haben sie die Wasseraktionsdekade 2018–2028 ausgerufen.²¹⁵

Das Weltwirtschaftsforum bezeichnet in seinem Global Risks Report 2020 Wasserkrise als eines der zentralen Risiken der nächsten zehn Jahre.²¹⁶ Und auch das World Resources Institute (WRI) warnte 2019 vor einer eskalierenden Wasserkrise und konstatierte, dass sich bereits 17 Länder in „extremem Wasserstress“ befänden, darunter Indien, Pakistan und der Iran.²¹⁷

Für viele Menschen ist die Wasserkrise schon jetzt Realität. In der indischen Megacity Chennai wurde im Juni 2019 für die mehr als 11 Millionen Einwohner das Leitungswasser abgestellt, weil die vier Hauptwasserspeicher der Stadt ausgetrocknet waren.²¹⁸ Die südafrikanische Kapstadt war 2018 in einer ähnlichen Notlage.

Milliarden ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und zur Sanitärversorgung

Die Dimension des weltweiten Wassernotstands ist aber noch weit größer. Noch immer haben 2,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser, 4,2 Milliarden Menschen leben ohne angemessene Sanitärversorgung.²¹⁹

Auch neuste Prognosen zur absoluten Wasserverfügbarkeit für die bevorstehenden Jahrzehnte zeichnen ein düsteres Bild. Bis 2050 werden voraussichtlich 3,9 Milliarden Menschen (über 40 Prozent der Weltbevölkerung) unter schwerem Wassermangel leiden, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird.²²⁰

Die rasante Ausbreitung des Coronavirus hat mehr als deutlich gezeigt, wie wichtig Hygiene und der Zugang zu sauberem Wasser sind. Aber noch immer haben 40 Prozent der Weltbevölkerung, und damit rund 3 Milliarden Menschen, keine Möglichkeit, sich zu Hause

215 <https://www.un.org/sustainabledevelopment/water-action-decade/>

216 Vgl. <https://www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2020>

217 <https://www.wri.org/news/2019/08/release-updated-global-water-risk-atlas-reveals-top-water-stressed-countries-and-states>

218 Vgl. <https://blog.wwf.de/wasserkrise-millionenstaedte/>

219 Vgl. UN ECOSOC (2020), Pkt. 58.

220 Vgl. UNESCO/UN-Water (2020), S. 112.

mit Seife die Hände zu waschen.²²¹ Die Vereinten Nationen sprechen von einer „globalen Hygienekrise“, die auch vor Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen nicht Halt macht. Weltweit jede sechste verfügt nicht über die notwendigen hygienischen Einrichtungen. Jeder zehnte Patient erkrankt dadurch während der Behandlung an einer vermeidbaren Infektion.²²² Der Weltwasserbericht 2020 stellt fest, dass die unzureichende Wasser- und Sanitärversorgung jährlich fast zwei Millionen vermeidbare Todesfälle zur Folge hat. Besonders betroffen sind Kinder unter fünf Jahren.²²³

Die Eindämmung der COVID-19-Pandemie wird auch durch den Mangel an sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen beeinträchtigt.²²⁴ Um die Gefahr neuer Infektionswellen zu reduzieren und zukünftigen Pandemien vorzubeugen, müsste die öffentliche Wasserinfrastruktur vor allem in den ärmeren Regionen in erheblichem Umfang ausgebaut werden.²²⁵ Der Trend der letzten Jahrzehnte, die Wasserversorgung zunehmend zu privatisieren, hat sich demgegenüber für viele Kommunen eher als Irrweg erwiesen.

Abkehr von der Wasserprivatisierung

Wasser und Sanitärversorgung für alle ist nicht nur ein Nachhaltigkeitsziel, sondern seit 2010 auch als Menschenrecht anerkannt. Zwischen 2014 und 2020 begleitete der Brasilianer Léo Heller als UN-Sonderberichterstatter die weltweite Verwirklichung dieses Menschenrechts. Im Juli 2020 legte er einen Bericht vor, der sich mit den Auswirkungen der Privatisierung auf das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung befasst.²²⁶ Darin kommt er zu dem Schluss, dass die Art der Bereitstellung und der (öffentlichen oder privaten) Anbieter von Wasser und sanitären Dienstleistungen keineswegs „neutral“ ist, sondern dass die verschiedenen Formen der Privatisierung erhebliche Risiken bergen. Dazu zählen die unzureichende Nutzung der maximal verfügbaren öffentlichen Ressourcen, die Verschlechterung der Dienstleistungen, der für Ärmere unbezahlbare Zugang, die Vernachlässigung von Nachhaltigkeitsaspekten und die mangelnde Transparenz und Rechenschaftspflicht der privaten Anbieter.

Um diesen Risiken entgegenzuwirken, fordert der Bericht unter anderem von den Staaten, bei der Verabschiedung von Gesetzen, die eine Privatisierung zulassen, ausdrücklich auch private Anbieter zur

221 <https://www.unwater.org/water-facts/handhygiene/>

222 <https://www.unicef.org/press-releases/fact-sheet-handwashing-soap-critical-fight-against-coronavirus-out-reach-billions>

223 Vgl. UNESCO/UN-Water (2020), S. 71.

224 <https://www.unwater.org/coronavirus-global-health-emergency/>

225 Vgl. dazu auch WASH Netzwerk/VENRO (2019).

226 Vgl. UN General Assembly (2020b) und die graphisch aufbereitete Zusammenfassung unter https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Water/10anniversary/Privatization_EN.pdf.

Einhaltung der Menschenrechte zu verpflichten. Bevor sich öffentliche Einrichtungen für die Privatisierung von Dienstleistungen entscheiden, müssen umfassende Menschenrechtsprüfungen durchgeführt werden, die auch mögliche Alternativen berücksichtigen. Außerdem sind transparenter Rechenschafts- und Durchsetzungsmechanismen erforderlich, um mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen durch private Anbieter gebührend zu untersuchen und zu sanktionieren. Schließlich müssen öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure an allen Infrastrukturentscheidungen umfassend beteiligt werden.

Mittlerweile sind als Reaktion auf die Erfahrungen mit den negativen Wirkungen von Privatisierung und öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) aber in vielen Teilen der Welt Gegenbewegungen entstanden. In den letzten 20 Jahren ist die Zahl der Städte und Gemeinden, die privatisierte Dienstleistungen wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt haben, beträchtlich gestiegen, insbesondere im Bereich der Wasser- und Energieversorgung. Der 2020 vom Transnationale Institute und Partnern veröffentlichte Bericht „The Future is Public“ zeigt, dass es seit dem Jahr 2000 weltweit in über 2.400 Städten in 58 Ländern Beispiele für die (Re-)kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen gegeben hat, darunter 330 Beispiele im Wassersektor.²²⁷ Viele Beispiele zeigen, dass durch die Rekommunalisierung die Kosten der öffentlichen Güter und Dienstleistungen reduziert, die Qualität verbessert und die Partizipation der betroffenen Bevölkerung gesteigert werden konnte (vgl. Kasten 6.1).

Zweifellos ist die Rückführung von Gütern und Dienstleistungen in die öffentliche Hand kein Patentrezept, sondern unterliegt einer Reihe von Erfolgsbedingungen. Die Kommission Öffentliche Güter der Heinrich-Böll-Stiftung hat dazu bereits 2015 „Zehn Leitlinien für eine neue Politik der öffentlichen Güter“ formuliert, mit denen unter anderem die garantierte Teilhabe, faire Verteilung, solide Finanzierung und ausreichende Qualität der öffentlichen Güter gesichert werden sollen.²²⁸

Wasserökosysteme unter Druck

Bei SDG 6 geht es aber nicht nur um den gerechten Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung, sondern auch um die ökologischen Aspekte von Wasser. Die Zielvorgabe 6.6 sieht vor, bereits bis zum Jahr 2020 wasserverbundene Ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen.

Wasserökosysteme stehen weltweit unter Druck. Zunehmende Bevölkerungsdichte, der verstärkte Bau von Siedlungen und der Ausbau der Infrastruktur gelten als die wichtigsten Ursachen. Aber auch die

227 Vgl. Kishimoto/Steinfurt/Petitjean (Hrsg.) (2020) und die Datenbank der Rekommunalisierung unter <https://publicfutures.org>.

228 Kommission Öffentliche Güter der Heinrich-Böll-Stiftung (2015), S. 47ff.

Kasten 6.1

Rekommunalisierung: Rückführung der Wasserversorgung in öffentliche Hände

In den letzten 20 Jahre hat eine wachsende Zahl von Kommunen die zuvor privatisierte Wasserversorgung wieder zurück in öffentliche Hände übertragen – ein Phänomen, das als Rekommunalisierung bezeichnet wird.

Die Privatisierung war zuvor in unterschiedlicher Weise erfolgt, sei es durch den Verkauf öffentlicher Wasserwerke an private Eigentümer, die Auslagerung von Dienstleistungen oder öffentlich-private Partnerschaften (PPP).

In den meisten Fällen ging die Rekommunalisierung mit einer vorzeitigen Beendigung laufender Verträge mit privaten Unternehmen einher. In den anderen Fällen warteten die Stadtverwaltungen, bis die Laufzeit der Verträge endete, um dann die Privatisierung rückgängig zu machen und zu einem öffentlich verwalteten und demokratisch kontrollierbaren Wasserversorgungssystem zurückzukehren.

Für die Jahre 2000 bis 2020 dokumentiert die Datenbank „Public Futures“ des Transnational Institute 330 Fälle von Wasser-Rekommunalisierung in 39 Länder auf der ganzen Welt.²²⁹ Zu den Städten mit einer rekommunalisierten Wasserversorgung zählen Accra (Ghana), Almaty (Kasachstan), Antalya (Türkei), Bamako (Mali), Bogota (Kolumbien), Budapest (Ungarn), Buenos Aires (Argentinien), Conakry (Guinea), Dar es Salaam (Tansania), Jakarta (Indonesien), Johannesburg (Südafrika), Kampala (Uganda), Kuala Lumpur (Malaysia), La Paz (Bolivien), Maputo (Mozambique) und Rabat (Marokko). Aus Deutschland stehen 18 Beispiele auf der Liste, darunter die Städte Berlin, Rostock, Darmstadt und Solingen.

Die Gründe für die Rekommunalisierung sind vielfältig. In einigen Fällen war die Leistungsfähigkeit und Qualität der Wasserversorgung durch die privaten Anbieter gesunken, in anderen gab es Konflikte über Preiserhöhungen oder intransparente Betriebskosten, in wieder anderen wurden Investitionen in die Wasserinfrastruktur vernachlässigt.

Auch wenn jeder Fall unterschiedlich ist, gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die Rekommunalisierung häufig zu Kosteneinsparungen, höheren Investitionen in die Wasserinfrastruktur und einem größeren Maß an Transparenz führte. In zahlreichen Fällen hat die Rekommunalisierung die Chance eröffnet, die öffentliche Wasserwirtschaft rechenschaftspflichtiger und partizipativer zu machen und stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten.²³⁰

Übernutzung von Wasserressourcen, die Einführung invasiver Arten und Trockenlegungen gefährden viele wichtige Lebensräume. Angesichts der Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels auf die Wasserökosysteme schlagen Expert*innen weltweit Alarm. In einem gemeinsamen Aufruf warnten über hundert Fachgesellschaften aquatischer

229 <https://publicfutures.org>

230 Siehe dazu auch die Informationen der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) unter <https://aoew.de/>.

Ökosystemforschung im September 2020 vor dem beschleunigenden und zerstörerischen Effekt, den der Klimawandel auf die Gewässerökosysteme hat. Süßwasser-Ökosysteme gehören dabei laut dem Bericht zu den am stärksten betroffenen Ökosystemen weltweit, da diese besonders stark unter dem Verlust des ökologischen Gleichgewichts – der sich unter anderem in extremer werdenden Trockenperioden zeigt – leiden.²³¹

Auch der Weltwasserbericht 2020 der UN sieht im fortschreitenden Klimawandel eine ernstzunehmende Bedrohung für die Gewässerökosysteme und nennt zahlreiche Ansatzpunkte im Bereich von Politik und Governance, um dieser Bedrohung zu begegnen.²³² Dabei betont der Bericht auch die Wechselbeziehungen zwischen den SDGs:

„Im Rahmen der Agenda 2030 dient Wasser als (oft) unbeachteter, aber wesentlicher Anknüpfungspunkt für die Erreichung der verschiedenen Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs). Ein Scheitern bei der Anpassung an den Klimawandel gefährdet daher nicht nur die Verwirklichung von SDG 6 (dem „Wasserziel“), sondern gefährdet auch die Erreichung der meisten anderen SDGs.“²³³

Der Bericht fordert für die Zukunft eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Wasser- und Klima-Communities. Einerseits sollte die Klima-Community der Rolle des Wassers größere Aufmerksamkeit schenken und seine zentrale Bedeutung bei der Bewältigung der Klimakrise anerkennen. Andererseits sollte die Wasser-Community ihre Bemühungen darauf konzentriert, die Bedeutung von Wasser sowohl für die Anpassung an den Klimawandel als auch für dessen Eindämmung zu betonen, konkrete wasserbezogene Projektvorschläge zur Aufnahme in die national bestimmten Klimaschutzbeiträge (NDCs) zu entwickeln und die Mittel und Kapazitäten zur Planung, Durchführung und Überwachung wasserbezogener Aktivitäten in den NDCs zu stärken.²³⁴ Das gilt auch für Deutschland.

Wasserknappheit auch für Deutschland ein wachsendes Problem

Auch Deutschland bleibt von der drohenden Wasserknappheit nicht unberührt. Die UNESCO stufte bereits 2015 Deutschland als „verwundbar“ ein, was die Verfügbarkeit von erneuerbaren Wasservorkommen pro Kopf der Bevölkerung angeht.²³⁵ Auf der Wasserstress-Rangliste des

231 https://www.dgl-ev.de/cms/upload/dokumente/Stellungnahmen/200914_Statement_Wasseroekosysteme-Klima_EN.pdf

232 Vgl. UNESCO/UN-Water (2020).

233 Ebd. S. 2.

234 Ebd. S. 9.

235 Vgl. UNESCO (2015b), S. 37.

World Resources Institute liegt Deutschland auf Platz 62 von 164, in einer Kategorie (Medium-High Baseline Water Stress) mit Ländern wie Australien und dem Sudan.²³⁶

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe warnte 2018 in seiner Risikoanalyse „Dürre“, dass lange Dürreperioden zu Problemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser führen könnten.²³⁷ Eine erhöhte Betroffenheit sei in solchen Gebieten zu erwarten, in denen die Trinkwasserversorgung bereits heute angespannt sei oder in Konkurrenz zu anderen Nutzungen (z. B. der Landwirtschaft) stünde. Hierzu zählten unter anderem die östliche Lüneburger Heide und zentrale Bereiche Ostdeutschlands. Das Bundesamt beschreibt in seinem Szenario, dass es aufgrund der angespannten Versorgungssituation örtlich zu Beschränkungen der Wasserverwendung kommen könne und die leitungsgebundene Trinkwasserversorgung zeitweise nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Grundsätzlich stelle in diesem Kontext die Ersatzwasserversorgung sensibler Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Pflegeheime eine besondere Herausforderung dar.

Infolge der Trockenperioden in den Jahren 2018, 2019 und 2020 wurde dieses Szenario in einigen Gebieten Deutschlands bereits zur Realität. Im niedersächsischen Lauenau musste die Feuerwehr die Menschen im August 2020 mit Trinkwasser versorgen, in Lüneburg gingen die Menschen unter Führung der Bürgerinitiative „Unser Wasser“ auf die Straße, um dagegen zu protestieren, dass der Coca-Cola-Konzern plante, dort einen weiteren Brunnen zu bauen, um doppelt so viel Grundwasser wie bisher abzupumpen, das er dann als Vio-Mineralwasser verkaufen will. Mehr als 100.000 Menschen haben daraufhin die Onlinepetition „Unser Trinkwasser gehört uns – nicht Coca-Cola“ unterzeichnet. Darin heißt es:

„Sauberes und jederzeit verfügbares Trinkwasser ist besonders in Zeiten des Klimawandels und der vermehrten Hitze-Sommer ein schützenswertes Gut und muss für viele Generationen vorgehalten werden.“²³⁸

Wie dramatisch die Situation ist, belegt auch der UFZ-Dürremonitor des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung. Er liefert täglich flächendeckende Informationen zum Bodenfeuchte- bzw. trockenheitszustand in Deutschland.²³⁹

236 Vgl. <https://www.wri.org/blog/2019/08/17-countries-home-one-quarter-world-population-face-extremely-high-water-stress>

237 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2018).

238 <https://www.change.org/p/l%C3%BCneburg-unser-trinkwasser-geh%C3%B6rt-uns-nicht-cocacola-de-julia-verlinden-michelpauly-ulrichblanck-hansestadtlg-gruenelg-gj-luneburg-spd-luneburg-dielinke-lbg-fdpluneburg>

239 <https://www.ufz.de/index.php?de=37937>

Verschärft wird die Lage durch die weiterhin hohe Nitratbelastung von Fließgewässern und Grundwasser, insbesondere infolge der intensiven Tierhaltung. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich mit der am 1. Mai 2020 in Kraft getretenen novellierten Düngeverordnung und der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes vom 29. Juni 2020 „die Situation zukünftig deutlicher verbessern dürfte.“²⁴⁰

Der globale Wasserfußabdruck Deutschlands

Problematisch ist in Deutschland aber nicht nur die Wasserknappheit und die Wasserverschmutzung, sondern auch die enorme Wassermenge, die direkt oder indirekt im Ausland beansprucht wird. Neben dem direkten Verbrauch von Wasser durch deutsche Touristen im Ausland²⁴¹ handelt es sich dabei vor allem um den indirekten Verbrauch von Wasser für die Produktion von importierten Gütern.

In Anlehnung an den ökologischen Fußabdruck spricht man in diesem Zusammenhang auch vom Wasserfußabdruck (WFA). Berechnet wird der WFA eines Landes, indem zum Inlandsverbrauch an Wasser die Summe an „virtuellem“ Wasser hinzuaddiert wird, die das Land importiert, und die Menge an Wasser subtrahiert wird, die für Exportgüter aufgewandt wird. Wegweisend für die Berechnungen waren dazu die Arbeiten des Waterfootprint-Netzwerks.²⁴²

Der WFA setzt sich also zusammen aus dem internen und dem externen Wasserfußabdruck. Der interne Wasserfußabdruck Deutschlands hat einen Umfang von etwa 60 Mrd. m³ pro Jahr. Der Umfang des externen Fußabdrucks, das heißt der Wasserressourcen, die die deutsche Bevölkerung indirekt in anderen Ländern beansprucht, liegt mit rund 67 Mrd. m³ pro Jahr noch darüber.

Gleichzeitig werden für die Produktion von Exportgütern in Deutschland heimische Wasservorkommen und importiertes virtuelles Wasser genutzt, so dass der gesamte Wasserfußabdruck Deutschlands einen Umfang von 198 Mrd. m³ pro Jahr hat (siehe Abbildung 6.1).

Im Sinne von SDG 6.4 besteht die Herausforderung für Deutschland also nicht nur darin, die Effizienz der Wassernutzung zu steigern und den nachhaltigen Wasserverbrauch im Inland zu gewährleisten, sondern auch den externen Wasserfußabdruck der deutschen Bevölkerung zu verringern.

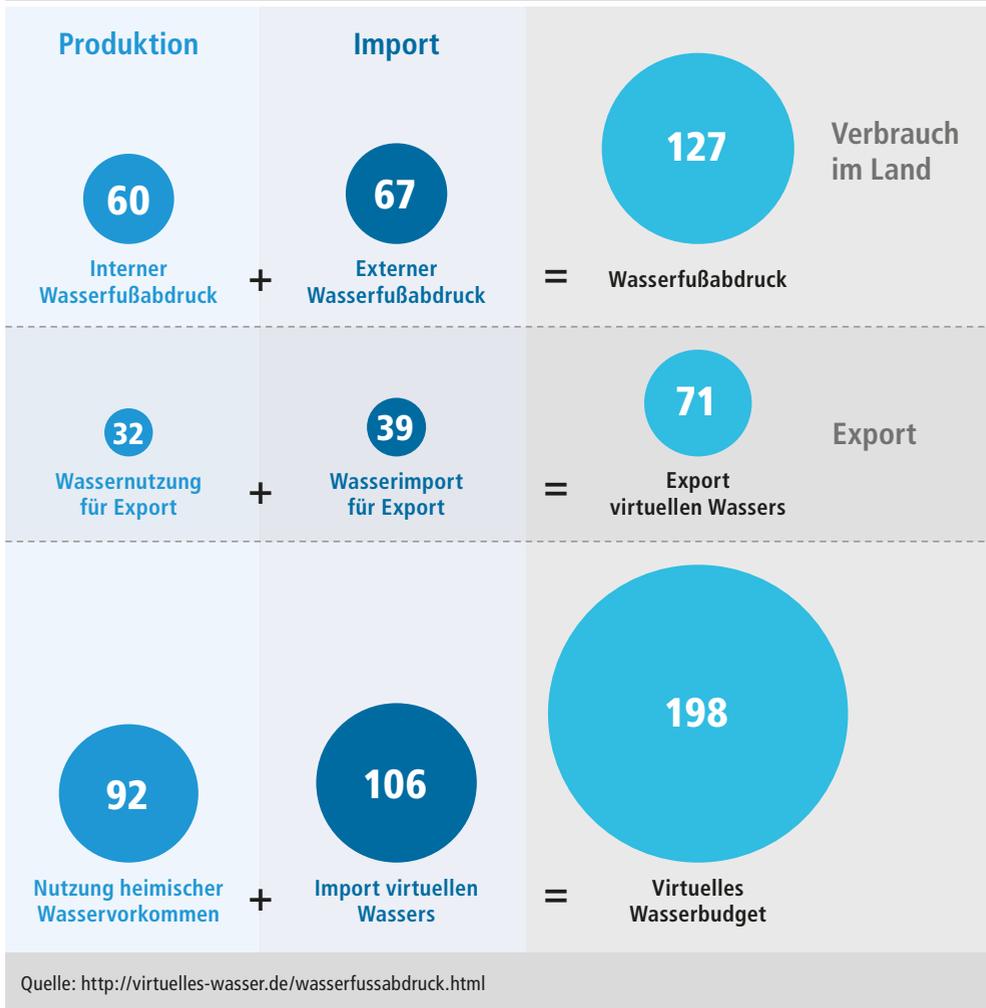
240 <https://www.bmu.de/pressemitteilung/nitratwerte-im-grundwasser-sinken-leicht-ab-phosphorbelastung-von-fluessen-und-seen-bleibt-unveraend/>

241 Vgl. dazu Monshausen (2017).

242 Vgl. <http://waterfootprint.org/en/>.

Abbildung 6.1

Der Wasserfußabdruck Deutschlands (in Mrd. m³/Jahr)



Auf dem Weg zur nationalen Wasserstrategie

Als Reaktion auf die drohende Wasserknappheit hat die Bundesregierung im Oktober 2018 einen zweijährigen Nationalen Wasserdiallog gestartet, der im Oktober 2020 mit dem zweiten nationalen Wasserforum abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse des Dialogprozesses wurden in einem Abschlussbericht dokumentiert und zu 16 Kernbotschaften zusammengefasst.²⁴³ Dabei geht es unter anderem um die Vermeidung von Stoffeinträgen in Gewässer, neue Finanzierungskonzepte für die Kommunen, die

243 Vgl. BMU (2020a).

Lösung von Wassernutzungskonflikten und die Priorisierung der Trinkwasserversorgung gegenüber anderen Nutzungsformen (z.B. die Bewässerung von Golfplätzen).

Der (externe) Wasserfußabdruck wird im Abschlussbericht des Dialogs nur am Rande erwähnt. Es wird lediglich als ein strategisches Ziel vorgeschlagen, dass der Handel sich dazu verpflichten sollte, die Verbraucher*innen über den Wasserfußabdruck von Produkten zu informieren.²⁴⁴

Die Ergebnisse des Dialogprozesses bilden die Grundlage für die erste Nationale Wasserstrategie, die das Bundesumweltministerium bis zum Sommer 2021 erarbeiten will. Aus Sicht der Bundesumweltministerin Svenja Schulze sind folgende vier Themen bei der Erarbeitung der Strategie von besonderer Bedeutung:²⁴⁵

- 1) Dem **Klimawandel** und seinen Folgen für die Wasserwirtschaft mit klaren Regeln begegnen
- 2) Mit einem „Null-Schadstoff-Aktionsplan“ die **Belastung der Gewässer** reduzieren
- 3) Die **Funktionsfähigkeit der Wasserökosysteme** verbessern
- 4) Zur **Sicherung der Daseinsvorsorge** mit einer leistungsfähigen Infrastruktur beitragen

244 Ebd. S. 74.

245 <https://www.bmu.de/rede/statement-von-bundesumweltministerin-svenja-schulze-im-rahmen-des-pressegesprachs-zum-abschluss-des/>